

Der Vollzugsdienst

2/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Werbekampagnen für Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug laufen auf Hochtouren

Unterstützung durch die Bundesregierung ist gewünscht

Seite 2

Von einer Dachbodensammlung zum Gefängnis-museum Hamburg

Ausstellung zeigt die Geschichte des hamburgischen Vollzuges

Seite 42

Arbeitsbetriebe sind ein wichtiger Pfeiler der Resozialisierung

AG Werkdienst zu Besuch im Ministerium für Justiz in Mainz

Seite 68

Die Coronakrise hat Deutschland und auch den Justizvollzug fest im Griff !

WIR!

stehen zusammen - für EUCH !

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug



INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Coronakrise hat Deutschland und auch den Justizvollzug fest im Griff
- 2 Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug
- 3 BSBD-Bundesleitung im Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Axel Müller
- 5 Die Seniorenvertretung informiert: Neue Regeln im Pflegefall
- 6 Seminar der Fachgruppe Tarif des BSBD in Fulda
- 7 Kommentar von René Müller: „Wie man es macht, macht man es verkehrt!“

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 23 Bayern
- 27 Berlin
- 33 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 44 Hessen
- 49 Mecklenburg-Vorpommern
- 52 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 76 Sachsen
- 77 Sachsen-Anhalt
- 80 Schleswig-Holstein
- 83 Thüringen
- 79 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 3/2020:



16. Juni 2020

Personalratswahlen wegen Corona verschoben

Eigentlich wollten wir als **BSBD Hessen** die 2. Ausgabe des Jahres 2020 für unsere „Wahlwerbung“ nutzen. Gutes Timing, das Heft erscheint am 15. April, genau vier Wochen vor den Wahlen, der Hauptwahlvorstand des hessischen Justizvollzugs hatte den 12. Mai 2020 als Wahltag für die Personalratswahlen bestimmt. Die Titelseite dieser Ausgabe hatten wir schon vor einem Jahr „gebucht“.

Daraus wird nun nichts. Der hessische Landtag beschloss nach dem eindrücklichen Wochenende mit Schul- und Grenzschießungen nach dem 13. März, die Wahlen innerhalb der Landesverwaltung zu verschieben und sie im Laufe eines Jahres nachholen zu lassen. Nun wirkt Corona auch hier durchschlagend: **die Personalratswahlen 2020 werden verschoben.**

Und das ist trotz aller Vorbereitungen, die wohl für alle Listeneinreicher bereits ziemlich abgeschlossen waren, richtig so. Man stelle sich vor, wir würden demnächst mit unseren Flyern, mit unseren Plakaten, mit unseren Werbeartikeln auf die Kollegen*innen „zugehen“. Würden wir sie erreichen mit unseren Themen?

Wahrscheinlich würden die Werbeartikel mit Gummihandschuhen entgegen genommen.

Ich schreibe diesen Artikel am 15. März, unter den Eindrücken der sehr einschneidend wirkenden Entscheidungen der letzten drei Tage, die Bewegungsfreiheit wurde beschränkt, öffentliche Räume allesamt geschlossen, Veranstaltungen verboten, umfassende Quarantänemaßnahmen.... Der hessische Justizvollzug stellt sich auf Notfallbetreuung ein, bildet aktuell Teams hierfür, die dann rund um die Uhr zum Einsatz kommen sollen, sollte die Krankheit in einer JVA ausbrechen.

Gelesen wird dieser Artikel aber erst nach dem 15. April. Was immer ich jetzt weiter schreibe über aktuelle vollzugliche Entscheidungen in Hessen, ich vermute, sie werden beim Lesen dieses Artikels jedenfalls längst schon überholt sein, was immer dann die Lage ist.

Für die Verschiebung spricht auch, dass wir in dieser Krisenhandlungsfähige – d. h. eingearbeitete – Personalräte brauchen, die die Interessen der Kollegen*innen einbringen und vertreten. Das ist schon Herausforderung genug. Bisher, also bis heute, 15.03.2020, wurden die Mitbestimmungstatbestände nicht ausgesetzt, z. B. durch Notstandsbestimmungen o. ä., sie gelten fort. Auch wenn ich wiederholt von örtlichen Personalräten gehört habe, dass Notfallpläne etc. erörtert werden, Notfallteams bestimmt

wu(e)rden und das ohne Information oder Beteiligung des Personalrats, auch nicht des örtlichen.

Hier gilt es nun, achtsam zu sein. Sehr achtsam in dieser Krisensituation.

Die Zahl der offenen Fragen ist derzeit (Mitte März) deutlich größer als die der beantworteten. Ich bin sehr dankbar, dass die ersten durch den HPR aufgeworfenen Fragen durch das HMDJ sehr schnell beantwortet wurden: wer als Mitglied eines Notfallteams für wenigstens zwei Wochen rund um die Uhr in der Anstalt bleibt, bekommt die Zeit vollständig gutgeschrieben. Diese frühe Zusage war und ist wichtig. Es soll darüber hinaus ermöglicht werden, außerhalb der eigenen Dienstzeit auf Station etc. tatsächlich eigene elektronische

Geräte zu benutzen.... Wir haben diesen Erlass, der auch an alle Anstalten verschickt wurde, über die Personalratsebene an die örtlichen Personalräte geschickt.

Hier gilt es nun – denkt dran, ich schreibe am 15.3., ihr lest ab dem 15.4. – den Informationsaustausch zu organisieren, Fragen und Antworten jeweils an alle weiterzuleiten.... Das wird meine Aufgabe als HPR-Vorsitzende in den kommenden Wochen sein.

Ich möchte diesen Artikel aber auch nutzen, all denen zu danken, die die Personalratswahlen vorbereitet haben, das sind die Wahlvorstände in den Anstalten und das ist der Hauptwahlvorstand. Letzter organisiert die Wahlen des Hauptpersonalrats und der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung. An der 2-tägigen Schulung im HELP in Weilburg nahmen 65 Kolleginnen und Kollegen teil. Das war mega klasse. Die Wahlausschreiben dürften mittlerweile alle an den schwarzen Brettern aushängen. Danke an Euch alle – genau dafür. Wie und wann immer diese Arbeit dann fortgesetzt wird.

Für den **BSBD Hessen** danke ich ganz ausdrücklich allen Kandidaten*innen, die ihre Bereitschaft zur Kandidatur für unsere Liste erklärt haben, sowohl für den HPR, die HJAV wie auch für alle örtlichen Listen.

Ihr seid wirklich wichtig für uns alle. Wir wollten die HPR-Kandidaten*innen in dieser Ausgabe eigentlich vorstellen. Aber: aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Wir freuen uns auf unser weiteres Zusammenwirken! Danke an Euch alle, die Ihr Eure Bereitschaft erklärt habt, ein Mandat im Personalrat zu übernehmen!

Und ich danke schließlich allen vor Ort aktiven **BSBD-Verantwortlichen**, die sich massiv engagiert haben, dass eine gute Kandidaten*innenliste zustande kommt. So also wirkt nun Corona, das Virus. Mögen die kommenden Wochen nicht zu bitter und zu dramatisch werden in allen Vollzugsanstalten unserer Republik. Glück auf.

Birgit Kannegießer



Aus Zeiten vor Corona ...

Vollzugspolitisches Gespräch mit der FDP am 27. Februar 2020

Es gehört zu den **Jahresaufgaben** des **BSBD-Landesvorstands**, mit allen **vollzugspolitischen Sprechern*innen** der **hessischen Landtagsfraktionen** das Gespräch zu suchen. Was wir nicht berichten als **Fachgewerkschaft** ist **tatsächlich nur schwer zu erfahren**. Wir berichten in den Gesprächen **aus der Praxis**.

So auch am 27. Februar 2020 mit Frau Landtagsabgeordneten **Schardt-Sauer**, vollzugspolitische Sprecherin der **FDP-Fraktion** im hessischen Landtag. Es sollte der **Saisonaufschlag** werden, die weiteren Gespräche werden aber wohl frühestens im 2. Halbjahr stattfinden.

Im Mittelpunkt stand wieder die konkrete **Vollzugsarbeit**. Die **FDP** hatte gerade die Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage zu **Mobiltelefonen** und **Drogen** in den **Justizvollzugsanstalten** erhalten. Eine Kopie bekamen wir gleich mit, die Antwort ist im **Landesinformationssystem** des Landtags veröffentlicht.

Interessanterweise fragte die **Presse** am gleichen Tag nach **Handys** und **Drogen**, bezog sich auf diese kleine Anfrage. Tja, **Handys** und **Drogen** bleiben ein Marktsegment für die **Subkultur**, wer immer sich daran eine **goldene Nase** verdient. Und: haben jetzt die **gut/schlecht** gearbeitet, die keine **Handys** finden oder sind die **gut/schlecht**, die viele **Handys** finden??? Was sagen uns die **Zahlen**? Man kann sich streiten drüber, oder auch nicht. Das Problem



Foto: © Maksim Kabakou/stock.adobe.com

wird bleiben. Eins haben wir als **BSBD Hessen** betont: das **Kritischste** ist die **fehlende Zeit** für die (wirklich) gründliche **Haftraumkontrolle**. Am Ende hat der/die **Stationsbedienstete** die **Kontrolle** zu **bescheinigen**, egal wieviel **Zeit** ihm/ihr blieb.

Kritisch äußerte sich der **BSBD Hessen** im Hinblick auf den **Änderungsantrag** zum **Landshaushalt 2020**.

Die **FDP** hatte **beantragt**, die **20.000 Euro** für das **Bewerbungsmanagement** zu **streichen**, stattdessen auf **Führungskräfteentwicklung** zu **setzen**, damit im **Ergebnis** **Kollegen*innen** wieder für ihren **Arbeitsplatz** **werben** und wir **Nachwuchskräfte** gewinnen. Das eine tun, das andere nicht lassen, war unser **Votum**. Der **Antrag** fand **glücklicherweise** keine **politische Mehrheit**.

Die **Kosten** zum **Ausschluss** von **Rauchgasvergiftungen** wurden ange-

sprochen. **Hessen** scheint das **einzigste Bundesland** zu sein, in dem die **Bediensteten** für diese **Schutzuntersuchung** in **Vorlage** treten müssen – und das nach einem **Haftraumbrand**. Es ist auch **extra teuer**.

Von **jedem** der **beteiligten Bediensteten** verlangen **Rettungsdienst/Notarzt** mehr als **300 Euro**! Dabei werden doch die **Untersuchungen** durch den **Dienstvorgesetzten** richtigerweise **angeordnet**. Die **Mehrzahl** der **Kollegen** ist dann **ohne Befund** (**Gott sei Dank**), folglich wird der **angezeigte Dienstunfall** dann nach einer **Riesenportion Schriftwechsel** und **unter Beteiligung** etlicher **Verwaltungsstellen** **abgelehnt**.

Dann folgt der **Satz**: die **Kosten** werden jedoch **erstattet**. Hä??? **Erkläre** jemand die **Sinnhaftigkeit** dieses **Vorgehens**, bitte! (**Darauf** kommen wir in der **nächsten Ausgabe** aber noch einmal **gezielt** zu **sprechen**, wenn wieder **Zeit** und **Muße** für **andere Themen** als **Corona** gegeben ist).

Schließlich **thematisierten** wir den **sehr angespannten Wohnungsmarkt** mit den **völlig übersteuerten Mietpreisen**. Statt einer **Ballungsraumzulage** fordert der **BSBD Hessen** **dringend** neue **Landesbedienstetenwohnungen**. Und: die **Fehlbelegungsabgabe** für die **Kollegen*innen** muss **weg!**

Bleibt noch zu **fragen**, wie die von den **Kollegen*innen** **abverlangte Fehlbelegungsabgabe** **eingesetzt** wird.

Für den **Wohnungsbau**?

Bisher wohl eher **nicht**. ■



Landesvorstand im Gespräch mit MdL Schardt-Sauer (v.l.n.r. Florian Prihoda, Melanie Peil, Florian Haas, Birgit Kannegießer, MdL Marion Schardt-Sauer, Karsten Müller, Heinz-Dieter Hessler, Andrea Abel).

Foto: BSBD Hessen

Große Studie des dbb Hessen

HARTE ZAHLEN

Liebe Mitglieder,

bislang fehlten uns die Zahlen, um etwas illustrieren zu können, was schon lange virulent erscheint: Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Längst sind es nicht mehr nur Polizisten, Gerichtsvollzieher oder Rettungskräfte, die sich bei der Arbeit in Gefahr begeben, bepöbeln und anspucken lassen müssen. Auch vermeintlich sicherer Bürojobs sind inzwischen nicht mehr sicher. Für die Politik wird's Zeit zu handeln.



Foto: © DBB Hessen

Gewalt im Öffentlichen Dienst

Bei dieser Studie handelt es sich um die Ergebnisse einer Online-Befragung der bei den **dbb-Hessen-Gewerkschaften** organisierten Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Hessen im Auftrag des **dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Hessen (DBB Hessen)**, die von der Professur für Kriminologie im Zeitraum vom 24. September 2019 bis zum 30. November 2019 durchgeführt wurde.

Die Zielsetzung der Befragung lag darin, das Ausmaß und die Häufigkeit der Betroffenheit von Gewalt und Aggressionen im dienstlichen Kontext zu erfassen.

Die Studie sollte in einem relativ überschaubaren Zeitraum einen ersten Eindruck von der Gewaltbetroffenheit im dienstlichen Zusammenhang erbringen und soll nach einer Analyse der Ergebnisse mit vertiefenden Befragungen einzelner Berufsgruppen fortgesetzt werden.

Standen bei bisherigen Studien besonders exponierte Berufsgruppen wie Polizei, Einsatzkräfte (Feuerwehr und Rettungskräfte) sowie grundsätzlich Vollstreckungsbeamte im Vordergrund, bestand die Annahme, dass über die genannten Berufsgruppen hinaus deutlich mehr Beschäftigte im Öffentlichen Dienst im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit Aggressionen und Gewalthandlungen ausgesetzt sind.

Auf die Einschränkungen der Aussagekraft ist deutlich hinzuweisen:

Höchst relevant ist die Einschränkung der Aussagekraft der Studie im Hinblick auf jede Art der Hochrechnung und der anteilmäßigen Betroffenheit bestimmter Berufsgruppen von Gewalt. Eine quantitative Aussage zur Gewaltbetroffenheit kann aufgrund der Methodik nicht getroffen

werden. Die Studie hatte weder den Anspruch, repräsentativ zu sein noch war kontrollierbar, wer tatsächlich geantwortet hat. Aufgrund der Eigenangaben der Befragten ist lediglich der vorsichtige Schluss auf eine Gewaltbetroffenheit bestimmter Berufsgruppen möglich, die sich auch konkretisieren lässt. Wie häufig jedoch derartige Vorfälle in der Berufsgruppe im Land Hessen sind, kann nicht bestimmt werden.

In dieser rein deskriptiven Auswertung wurde aufgrund der Methodik darauf verzichtet, eine Diskussion im Vergleich zum Forschungsstand durchzuführen (dies bleibt Folgestudien zu diesem Bericht vorbehalten).

Die Ergebnisse dieser Online-Befragung sind jedoch im Hinblick auf die Zielsetzung weiterführend. Auch wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass Berufsgruppen, die sich an dieser Befragung nur in sehr geringer Zahl beteiligt haben, nicht gewaltbelastet sind, so stellt sich für die Angehörigen jener Berufsgruppen, die sich mit relevanten Zahlenangaben an der Befragung beteiligt haben, eine besondere Gewaltbetroffenheit mit spezifischen Besonderheiten in folgenden Berufsfeldern dar:

- **Polizei**
- **Schule**
- **Agentur für Arbeit**
- **Jobcenter**
- **Justizvollzug**
- **Gerichtsvollzieher**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Berufsgruppen sind in besonderem Maße Aggression und Gewaltakten durch Bürger bzw. Kunden oder Gefangenen ausgesetzt. Gravierendsten Gewalterfahrungen mit den meisten Tötungsversuchen sind dabei Polizeibe-

amte, aber auch Justizvollzugsbedienstete, Gerichtsvollzieher und weniger, aber doch deutlich Beschäftigte der Jobcenter bzw. der Agentur für Arbeit ausgesetzt, wenn man die Betroffenheit im gesamten Berufsleben betrachtet.

Das Ausmaß von Beleidigungen und wiederholten aggressiven Ansprachen, verbalen und körperlichen Bedrohungen in den aufgeführten Berufsfeldern ist enorm und gehört für viele Betroffene nicht selten zum Alltag.

Die meisten Vorfälle bleiben im Dunkelfeld, weil keine Strafanzeige erstattet wird. Jedenfalls ist auch die emotionale Belastung mit zahlreichen negativen Begleiterscheinungen bei der Ausübung der beruflichen Tätigkeit präsent und lässt einige Gewaltbetroffene (zumindest gelegentlich) über einen Arbeitsplatzwechsel nachdenken.

Bei den Vorschlägen zur Prävention und Verbesserung der Situation ist positiv hervorzuheben, dass eine Vielzahl konstruktiver Überlegungen in die Diskussion eingebracht wird. Dies sollten die Ministerien, Vorgesetzten und Führungsebenen schon jetzt zur Kenntnis nehmen und die bisherige Alltagspraxis auf den Prüfstand stellen. Wir empfehlen, in den genannten Berufsfeldern vertiefende Studien zur Prävalenz und vor allem zu den Bedingungen, unter denen es zu Eskalationen und gefährlichen Situationen kommt, vorzunehmen. Schon dieser deskriptive Überblick gibt Hinweise auf spezifische gefahrenträchtige Situationen.

Kurz soll noch zusammenfassend auf einige Besonderheiten der jeweiligen Berufsgruppe hingewiesen werden:

Polizei

Die Polizeibeamtinnen und -beamten erleben in Einzelfällen und in der Sum-

me gravierendste Gewalt und sind in der Häufigkeit der Vorkommnisse am höchsten belastet. Im Vergleich zu allen anderen belasteten Berufsgruppen fühlen sich Polizeibeamtinnen und -beamte im beruflichen Alltag relativ sicher (9 % aber auch nicht).

Etwa 40 % der Teilnehmer fühlen sich vom Dienstherrn nicht ausreichend geschützt. Straftaten werden in etwa der Hälfte der Fälle angezeigt, man hat aber keine guten Erfahrungen mit der Justiz gemacht, da diese die Verfahren überwiegend einstelle. Die Täter sind in etwa $\frac{3}{4}$ der Fälle Einzeltäter, männlich, zwischen 21 und 30 Jahren alt und häufig mit Migrationshintergrund. In etwa 16 % der Fälle sehen sich die Beamtinnen und Beamten aber auch ganzen Tätergruppen gegenüber. Relevant ist auch der Anteil alkoholisierter bzw. drogenbeeinflusster oder psychisch beeinträchtigter Täter.

Die Verbesserungsvorschläge sind heterogen und zahlreich: Polizeibeamtinnen und -beamte fordern eine härtere bzw. konsequente Sanktionierung durch die Justiz, gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung der Berufsgruppe Polizei, eine Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, mehr Personal, eine bessere und modernere Ausstattung, mehr Unterstützung durch Vorgesetzte, Politik und Medien sowie mehr Aus- und Fortbildung und Training.

Justizvollzug und Gerichtsvollzieher

Mit einigem Abstand im Hinblick auf körperliche Angriffe, aber mit einer ebenso hohen, fast alltäglichen Gefahr von Bedrohungen aller Art und Beleidigungen haben Justizvollzugsbeamte und Gerichtsvollzieher zu tun (bei Betrachtung der Lebenszeitprävalenz).

Justizvollzugsbeamte sind in erheblichem Maße diversen Gewalterfahrungen ausgesetzt. Kaum einer wurde noch nicht beleidigt (70% allein im letzten Jahr), erhebliche 90% wurden im Lauf des Berufslebens schon bedroht (53% im letzten Jahr), das Anspucken ist häufig und körperliche Angriffe – bis hin zu Tötungsversuchen – stellen mit 57% im gesamten Berufsleben sowie 33% im letzten Jahr eine hohe Gewaltbelastung dar.

Die Vorfälle werden in fast der Hälfte der Fälle beim Vorgesetzten angezeigt, was im Vergleich zu anderen belasteten Berufsgruppen zwar relativ viel ist, andererseits in einer Institution wie dem Justizvollzug wiederum überrascht. Gründe für die niedrige Anzeigequote in der eigenen Behörde könnten darin

liegen, dass der Vorfall als Bagatelle eingestuft wurde, denkbar sind aber auch andere aufgeführte Gründe wie Angst vor negativen Konsequenzen und Furcht vor Kritik durch Vorgesetzte bis hin zur Rache des Täters. Bei der Verbesserung der Situation wird an erster Stelle mehr Personal und mehr Sicherheit gefordert (durch verbesserte Ausrüstung ebenso wie durch bessere Schulung und Vorbereitung auf Einsatzsituationen).

Die Gerichtsvollzieher sind in ganz erheblichem Maße Beleidigungen und Bedrohungen vielfältiger Art ausgesetzt. Beleidigungen erfährt im Laufe des Berufslebens fast jeder, im letzten Jahr fast 78%.

Die Anzahl der Bedrohungen im gesamten Berufsleben ist mit 86% im-



mens, im Laufe des letzten Jahres war fast die Hälfte verbalen und körperlichen Bedrohungen ausgesetzt. Die Gruppe der Gerichtsvollzieher ist in besonderem Maße mit Aggressionen und Gewalt konfrontiert.

Körperliche Angriffe (60% in der gesamten Berufszeit, 10% im letzten Jahr) sind nicht selten (und wie vor allem die offenen Angaben zu Erfahrungen im gesamten Berufsleben zeigen, teilweise drastisch). Hinzu kommt, dass Gerichtsvollzieher sich allein in die räumliche Sphäre der Angreifer begeben und auf Unterstützung durch Kollegen nicht zählen können.

Bei dieser Berufsgruppe besteht dringender Handlungsbedarf. Die meisten Gerichtsvollzieher (72%) fühlen sich von ihrer Behörde nicht ausreichend geschützt und nahezu die Hälfte fühlt sich bei der Ausübung der beruflichen Tätigkeit unsicher.

Bei dem Wunsch nach Verbesserung stehen Sicherheit und eine bessere Ausrüstung an erster Stelle.

Schule

Lehrerinnen und Lehrer werden in erheblichem Maße (mehrfach) bedroht, beleidigt und respektlos behandelt und beschimpft.

Bezogen auf die Lebenszeit werden über 80% beleidigt, 58% bedroht, 13% angespuckt und auch nicht selten körperlich angegriffen (28%). Die Täter sind überwiegend Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen, wobei der Schwerpunkt auf männlichen (81%) Einzeltätern (60%) unter 20 Jahren (75%) liegt.

Andererseits sind auch Gewalterfahrungen mit drei oder mehr Tätern (26%) häufig und unter den Tätern sind auch Eltern der Schüler oder Fremde. Der Migrationsanteil spielt eine relativ geringe Rolle, in den offenen Nennungen werden aber spezifische kulturelle Konflikte und Respektlosigkeiten benannt. Weniger relevant ist Alkohol- oder Drogeneinfluss, was für situationsbedingte Konflikte im schulischen Kontext spricht. Die emotionalen Folgen sind umfassend und vielfältig. Obwohl knapp die Hälfte der Betroffenen die Schulleitung informiert, erfolgt eine Strafanzeige fast NIE (unter 1%!).

Agentur für Arbeit und Jobcenter

Die Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit sind in ganz erheblichem Maße Beleidigungen und Beschimpfungen sowie Bedrohungen ausgesetzt. Körperliche Angriffe kommen ebenfalls vor (3% im letzten Jahr, 15% im gesamten Berufsleben).

Obwohl die Behördenleitung in fast 60% der Fälle informiert wurde, erfolgte eine Strafanzeige extrem selten (3%). Fast die Hälfte der Beschäftigten fühlt sich von den Vorgesetzten nicht ausreichend geschützt. Auch das Unsicherheitsgefühl ist mit 18% hoch. Verbesserungen wünschen sich Arbeitsagentur-Beschäftigte in vielfältiger Weise (verbesserte Sicherheits- und Schutzmaßnahmen durch äußere Kräfte, aber auch durch Kolleginnen und Kollegen, bauliche Maßnahmen, Unterstützung durch Vorgesetzte, Schulungen und Si-

cherheitstraining für das Personal bis hin zur „Übung des Ernstfalls“, aber auch mehr Kollegialität – Verringerung der Arbeitsbelastung, gegenseitige Unterstützung, Konfliktlösungen im Kollegenkreis, besseren Umgang mit den Kunden, konfliktfreien Umgang mit Kunden – sowie konsequentes Einschreiten bei Gewalt und Aggressionen.

Noch etwas häufiger als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit sind Beschäftigte im Jobcenter von Aggressionen und Gewalt betroffen. Die Anteile der Beleidigungen und Bedrohungen sind sowohl im gesamten Berufsleben wie auch im letzten Jahr hoch. Auch kommt es zu körperlichen Angriffen (16% im gesamten Berufsleben, 0,7% im letzten Jahr). Der Umgang mit einer schwierigen und nicht selten aggressiven Klientel fordert hier in besonderem Maße Schutz und Fürsorge durch die Vorgesetzten.

Entsprechend denkt über die Hälfte (!) der Beschäftigten über einen Arbeitsplatzwechsel nach. Dabei stehen Forderungen nach mehr Sicherheit im Vordergrund.

Eine konsequente Strafverfolgung ist notwendig

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter wünschen sich mehr Unterstützung durch die Vorgesetzten, mehr Konsequenzen bei Aggressionen und Gewalt, psychologische Nachsorge und konsequente Strafverfolgung. Auch wenn in gewissen Grenzen Verständnis für die Lage der Kunden besteht, fordern die Beschäftigten Regeleinhaltung und eine bessere Schulung im Umgang mit aggressiven und gewalttätigen Kunden. Man sieht auch eine zu hohe Arbeitsbelastung und wünscht sich mehr Personal. Diverse Gesetzesänderungen werden angemahnt. Die Beschäftigten sehen auch einen besonderen Unterstützungsbedarf bei psychisch auffälligen Personen und bei Migranten, die schon aufgrund von Sprachbarrieren nicht immer erreicht würden. Mit beiden Personengruppen entstehen relativ häufig eskalierende Konflikte. Beschäftigte wünschen sich außerdem mehr Verständnis und Unterstützung durch Politik und Öffentlichkeit.

Prof. Dr. Britta Bannenberg
Frederik Herden
Franziska Kemperdiek
Tim Pfeiffer

V.i.S.d.P.: dbb Hessen,
Pressesprecher Andreas Nöthen
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt
Mail: presse@dbbhessen.de

BSBD Hessen appelliert!

Wir brauchen wieder mehr Ausbildungsstellen!

BSBD Hessen fordert: Tarifbeschäftigte AVD-Kollegen*innen binnen Jahresfrist zulassen

Es war einmal in Hessen, da hatte der Justizvollzug noch 469 Anwärterstellen allein für den allgemeinen Vollzugsdienst. Das ist jetzt fast 20 Jahre her. Und seitdem ist viel passiert.

Klar, so viele Anwärterstellen brauchen wir tatsächlich nicht, eigentlich nie. Deshalb wurden sie in verschiedenen Personalabbauprogrammen – und davon gab es einige seit Roland Kochs „Operation Sichere Zukunft“, step by step abgeschmolzen. Oder die Anwärterstellen wurden auch mal umgewandelt – z. B. in Beförderungsämter, allerdings nicht (nur) für den AVD, sondern ganz besonders für die anderen, die höheren Laufbahnen. Damals war das auch nicht verkehrt, man musste sich zu helfen wissen, auch im hessischen Justizvollzug.

Und jetzt schreiben wir das Jahr 2020! Der im Januar verabschiedete Haushalt 2020 weist nur noch 163 Anwärterstellen für den AVD aus.

Dabei haben wir pro Jahrgang wenigstens 100 Auszubildende, Obersekretär*innen im JVD, benötigen also mindestens 200 Anwärterstellen, um den Bedarf abzubilden. Mittlerweile werden Anwärter*innen auf tatsächlichen Planstellen geführt, der Haushalt 2020 erlaubt ausdrücklich 20 solche Stellenführungen. Dabei reichen auch 183 Stellen nicht.

Hängepartie mit gravierenden Folgen

Sind es nun fehlende Ausbildungsstellen, die zu Ausbildungsverzögerungen kommen? Mittlerweile ist es nicht mehr ungewöhnlich, dass es bis zu zwei Jahre dauert, bis die AVD-Dienstanfänger*innen zur Ausbildung zugelassen/geschickt werden.

Was mal gedacht war zum gegenseitigen Kennenlernen und Erproben sowie zur schnellen Nachbesetzung insbesondere ungeplant freiwerdender Stellen (z. B. durch vorzeitige Ruhestandsversetzungen), wird jetzt zur Hängepartie mit gravierenden Folgen für die Betroffenen, aber auch für die Vollzugspraxis in den Anstalten.

Oder haben wir Schwierigkeiten, junge Kollegen*innen tatsächlich freizustellen für die Ausbildung? Die Personaldecke ist mitunter so dünn, der Anteil der Tarifbeschäftigten im Team so hoch, dass die Teilnahme am 2-jährigen Ausbildungsgang binnen Jahresfrist nach Neueinstellung viel zu häufig nicht ermöglicht werden kann. Und in den nächsten Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand ...

Das geht so nicht! Der **BSBD Hessen** interveniert hier ausdrücklich. Es kann nicht sein, dass mehrere Dutzend Tarifbeschäftigte länger als ein



Foto: © Coloures-Pic/adobe.stock.com

Jahr auf berufliche Qualifizierung warten müssen. Das schwächt die Einsatzstärke in den Anstalten markant. Tarifbeschäftigte können eben nicht zu allen Arbeiten herangezogen werden.

Tarifbeschäftigte werden bei uns in EG 4 (!!!) TV-H eingestellt (die AHE in Darmstadt Eberstadt startet in EG 8). Und dann passiert es leider auch immer wieder, dass die Höhergruppierung nach sechs Monaten vergessen wird. Das wiederum hat markante Auswirkungen auf die Anrechnung dieser Zeiten auf die laufbahnrechtliche Probezeit im Beamtenverhältnis auf Probe!

Der BSBD Hessen fordert ausdrücklich:

- ▶ Schaffung von 50 Anwärter*innenstellen für den AVD.
- ▶ Ausbildungsstart nach maximal 1 Jahr im Tarifbeschäftigtenverhältnis.
- ▶ **BSBD Hessen – wir kümmern uns!**